

FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion | Ausgabe 17 | April 2026

Den Stillstand überwinden

Die AfD-Fraktion präsentiert Wege,
um Deutschland aus der Krise zu führen



Den Stillstand überwinden

Die AfD-Fraktion präsentiert Wege,
um Deutschland aus der Krise zu führen

3	Vorwort
9	Medienempfang der AfD-Fraktion
10	Im Westen was Neues
13	Ein gefährlicher Irrweg für die Demokratie
15	Straße schlägt Trasse
18	Wohnungsnot – ein Jahrzehnt Regierungsversagen
21	Transparenz und Realismus

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Redaktion und Herstellung:

Pressestelle, Lektorat und Mediengestaltung

Bildnachweis: Fraktion der Alternative für Deutschland

Stand: April 2026

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteipromotion und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.



Liebe Leser,

seit der Bundestagswahl 2025 ist gut ein Jahr vergangen, die Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler – und damit der Start der schwarz-roten Koalition – jährt sich in wenigen Wochen. Was Schwarz-Rot bisher geleistet hat, verstärkt den Niedergang Deutschlands. Es ist die Fortsetzung der Ampelpolitik mit anderen Köpfen.

Auf die von CDU/CSU und SPD angekündigten Reformen warten die Bürger und unsere Wirtschaft immer noch vergeblich. Anstatt die dringend notwendigen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen zu ergreifen, zögert und laviert die Bundesregierung: So wurden weder das Heizungsgesetz gekippt, die Energiepreise deutlich gesenkt noch die Steuern und Abgaben reduziert. Durch die unverantwortliche Schuldenpolitik haben sich zudem die Gestaltungsmöglichkeiten künftiger Regierungen auf Jahrzehnte drastisch verengt.

Die AfD-Fraktion als stärkste Oppositionskraft im Bundestag begegnet den Formelkompromissen der Regierungsfaktionen mit politischen Alternativen, die aufzeigen, dass eine andere, bessere Politik möglich ist. Wir wollen die CO₂-Abgabe und die Emissionszertifikate abschaffen, die Energiesteuern senken und zur Kernkraft zurückkehren. Wir setzen uns dafür ein, das Verbrennerverbot aufzuheben und das Heizungsgesetz außer Kraft zu setzen.

Wir fordern eine Migrationswende, die ihren Namen verdient und die nicht nur aus kurzfristigen Showeffekten besteht. Das bedeutet: ausnahmslose Grenzkontrollen, Zurückweisung aller Illegalen, rigorose Abschiebungen nach den Vorgaben von Recht und Gesetz, Einbürgerungsstopp und Wegfall der Anspruchseinbürgerungen.

Und wir stehen für eine verlässliche Außenpolitik auf der Basis des Völkerrechts und sind überzeugt, dass jede Gesprächsmöglichkeit genutzt werden muss, um Konflikte wie die Kriege im Iran oder der Ukraine zu beenden.

Wir sind davon überzeugt: Deutschland kann sich kein weiteres verlorenes Jahr mehr leisten. Es ist höchste Zeit, zum Wohle unserer Bürger und unseres Landes entschlossen politisch zu handeln.

Dr. Alice Weidel MdB
Fraktionsvorsitzende

Tino Chrupalla MdB
Fraktionsvorsitzender



Den Stillstand überwinden

Die AfD-Fraktion präsentiert Wege,
um Deutschland aus der Krise zu führen

Der mörderische Krieg in der Ukraine geht in sein fünftes Jahr. Hunderttausende Tote und unzählige Opfer sind auf beiden Seiten zu beklagen. Schwerste Verwüstungen in ganzen Landstrichen und in den Städten sind Folgen der Kriegshandlungen.

Stürmische und kriegeische Zeiten sind in der Weltpolitik angebrochen und verlangen Vernunft, Augenmaß und einen klaren Kompass. Russland hat mit dem Einmarsch in die Ukraine Unrecht begangen und das Völkerrecht gebrochen. Tatsache ist aber auch, dass die Europäische Union, Großbritannien und die US-Regierung unter Joe Biden seinerzeit alles getan haben, um diesen Krieg zu verlängern.

Ein realistischer Frieden in der Ukraine ist zum Greifen nah

Die AfD-Fraktion hat sich seit Kriegsbeginn um eine Friedenslösung unter Nutzung aller diplomatischen Möglichkeiten und Gesprächskanäle bemüht und entsprechende Initiativen in den Deutschen Bundestag eingebracht. Die Möglichkeit, den Krieg tatsächlich zu beenden, ist so realistisch wie nie zuvor. Jetzt wäre es Aufgabe der europäischen Staaten und besonders Deutschlands, die Friedensbemühungen der US-Regierung unter Donald Trump zu unterstützen und im Sinne der europäischen Souveränität die Initiative zu eigenständigen Gesprächen mit Moskau zu ergreifen. Der Zeitpunkt für eine umfassende Friedensinitiative ist günstiger denn je.

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, die eigenen nationalen Interessen zu wahren. Dazu zählt, die russischen Sanktionsmaßnahmen, deren negative Auswirkungen besonders Deutschland treffen, zu beenden. Die EU und die etablierten Parteien in unserem Land ziehen es dagegen vor,

mit dem Geld der Steuerzahler weiter Waffen und Kriegsgerät in die Ukraine zu liefern, um damit die militärische Konfrontation mit Russland zu befeuern.

Wir setzen uns weiterhin für eine realistische Friedenspolitik im Rahmen einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur ein. Wir sind überzeugt, dass eine Politik der Abschreckung ohne vertrauensbildende Maßnahmen den Weg in einen dritten Weltkrieg ebnet. Die schwarz-rote Bundesregierung irrt, wenn sie meint, eine Politik militärischer Stärke schaffe Frieden.

Bundeskanzler Friedrich Merz, der sich als »Außenkanzler« inszeniert, auf der internationalen Bühne markige Reden hält und von der eigenen Bedeutsamkeit überzeugt ist, ignoriert dabei die bittere Realität im eigenen Land, dem gerade das wirtschaftliche Fundament seiner einstigen Prosperität unter den Füßen wegbricht.

Die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands ist hausgemacht

Die Beschwörungen von Wirtschaftskraft und europäischer Stärke, die der Kanzler landauf, landab vorträgt, entbehren jeder Grundlage. Friedrich Merz weigert sich, die Ursachen der wirtschaftlichen und außenpolitischen Schwäche unseres Landes zu benennen und abzustellen. Denn diese sind in erster Linie selbstverschuldet.

Die etablierten Parteien, allen voran die CDU und CSU, haben Deutschland durch die unkontrollierte Massenmigration sowie durch eine ideologische »Klimaschutz«- und »Energiewende«-Planwirtschaft geschwächt, die wirtschaftliche Basis von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit untergraben und die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes beschädigt.

Die Europäische Union, die der Bundeskanzler als Heilsbringer und Hoffungsanker beschwört, ist in Wahrheit ein wesentlicher Teil des Problems. Der Schlüssel zur Erneuerung unserer Wirtschaftskraft liegt nicht im »engeren Zusammenrücken« der europäischen Staaten, wie die etablierte Politik gern verkündet, sondern in der Befreiung vom Brüsseler Zentralismus und von dogmatischer Planwirtschaft.

Die Mischung aus »Klimaschutz« und ideologisch motivierter »Transformation« hat den deutschen Steuerzahler bereits Hunderte Milliarden Euro und die deutsche Industrie bislang rund 400.000 Arbeitsplätze gekostet. Die Industrieproduktion in unserem Land ist seit 2018 um etwa 20 Prozent gefallen. Im Bestreben, die Welt vor einer imaginierten »Klimaapokalypse« zu retten, hat Deutschland seine starke Stellung im globalen Wettbewerb verloren.

Dieses Jahr müssen mehr als 30.000 Unternehmen Insolvenz anmelden. Der Mittelstand, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, steht vor dem Zusammenbruch. Immer häufiger kommt es zu Ketteninsolvenzen: Traditionsunternehmen müssen aufgeben, weil ihre wichtigsten Kunden durch Insolvenz wegbrechen.

Die Massenflucht produzierender Unternehmen aus Deutschland hat den industriellen Kern unseres Landes erreicht. Mercedes-Benz beispielsweise verlagert die komplette Produktion der A-Klasse aus Baden-Württemberg nach Ungarn. Damit verliert der bisherige Standort Rastatt nahezu seine gesamten Gewerbesteuerereinnahmen. Ausgeglichene Haushalte in den Kommunen sind zur seltenen Ausnahme geworden, auch weil sie die Hauptlast der Massenmigration in die Sozialsysteme tragen müssen.

Massenmigration bedroht den sozialen Frieden

Die von Bundeskanzler Merz und Bundesinnenminister Dobrindt verkündete »Migrationswende« hat sich als leeres Versprechen erwiesen. Nach wie vor wandern jährlich Hunderttausende in die Sozialsysteme ein. Trotz rückläufiger Zahlen, die vor allem auf äußere Faktoren zurückzuführen sind, wurden auch 2025 fast 150.000 Asylanträge gestellt.

Das entspricht der Bevölkerung einer Großstadt. Eine weitere Großstadt ist durch die Hintertür der Familienzusammenführung eingewandert. Die Ausweisung von neuen »sicheren Herkunftsländern«, für die sich die Koalition feiert, betrifft nur einen Bruchteil der illegalen Migration unter Missbrauch des Asylrechts.

Die schwarz-rote Bundesregierung gibt ebenso wie ihre Vorgängerregierungen Deutschland zur Plünderung frei. Allein 2025 ist mehr als eine halbe Milliarde Euro an Kindergeld ins Ausland geflossen. Die Kindergeld-Transfers sind im letzten Jahrzehnt sprunghaft angestiegen und summieren sich seit 2010 auf mehr als fünf Milliarden Euro.

Die Haupt-Asylherkunftsländer zählen zu den gewalttätigsten Ländern der Erde. Die unkontrollierte Massenmigration hat explodierende Kriminalität und die blutigen Kriege und Konflikte des Nahen und Mittleren Ostens importiert, die jetzt auch auf unseren Straßen ausgetragen werden.

Eine falsche Migrationspolitik raubt der einheimischen Bevölkerung Heimat, Freiheit, Sicherheit und Bildungschancen. Die etablierte Politik ist für wachsende No-Go-Areas verantwortlich, in denen Recht und Gesetz

nicht mehr gelten; sie hat Parallelgesellschaften ins Land und an unsere Schulen geholt, die unserer Kultur und unserem Gemeinwesen feindlich gesinnt sind. Falsche Migrationspolitik hat der islamistischen Unterwanderung nicht nur Tür und Tor geöffnet, sondern sie auch noch eingebürgert.

Diese fatalen Entwicklungen schwächen Deutschland und Europa. Deutschland kann seine wirtschaftliche Stärke nur zurückgewinnen, wenn die Ursachen angegangen

werden: Massenmigration stoppen und rückgängig machen, Energiewende beenden, Steuern und Abgaben drastisch senken.

Unser Reform-Sofortprogramm

Wir wollen Deutschland mit innovativen und mutigen Konzepten aus der Krise zu führen. Mit unserem Reform-Sofortprogramm legen wir eine Agenda vor, die die lähmende Politik der Bundesregierung überwindet und den Reformstau auflöst:

WIEDEREINSTIEG IN DIE KERNKRAFT

Neue, revolutionäre Technologien wie Modularkraftwerke und Flüssigsalzreaktoren bieten neue Chancen, die wir unbedingt nutzen müssen.

ERDGASVERSORGUNG

aus allen günstigen verfügbaren Quellen, auch aus Russland. Die einseitige Fixierung auf Flüssiggas aus den USA hat neue fatale Abhängigkeiten geschaffen, die in die gegenwärtig drohende Gasmangellage führen.

CO₂-ABGABEN UND EMISSIONSZERTIFIKATE ABSCHAFFEN

Diese Maßnahme befreit die Bürger und Unternehmen sofort von finanziellen Belastungen in Höhe von vielen Milliarden Euro.

VERBRENNERVERBOT, HEIZUNGSGESETZ UND ALLE LIEFERKETTENGESETZE

müssen umgehend, vollständig und unumkehrbar gestrichen werden.

DEREGULIERUNG UND ENTBÜROKRATISIERUNG

werden nur gelingen, wenn die »Klimapolitik« und die »Energiewende« beendet werden. Die sogenannte Transformationspolitik, die auf diesen ideologischen Konstrukten basiert, ist die Hauptquelle für bürokratische Gängelung und Überregulierung.

MIGRATIONSWENDE

Wir müssen ernst machen mit der Migrationswende. Die illegale Einwanderung in die Sozialsysteme muss nicht nur abgestellt, sondern so weit wie möglich rückgängig gemacht werden.

GRENZKONTROLLEN UND ZURÜCKWEISUNG

Das heißt: ausnahmslose Grenzkontrollen und Zurückweisung aller Illegalen, rigorose Abschiebungen nach den Vorgaben von Recht und Gesetz.

MIGRATIONSMAGNETEN ABSTELLEN

Das gelingt nur, wenn zugleich die sozialen und finanziellen Migrationsmagneten abgestellt werden: Asylbewerbern werden nur noch Sachleistungen gewährt, für Migranten die Sozialleistungen beschränkt. Einbürgerungen finden nicht mehr nach Belieben statt, der Anspruch auf Einbürgerungen wird staatlicherseits nicht mehr anerkannt; den deutschen Pass erhalten Migranten nur noch restriktiv, frühestens nach zehn Jahren, bei gelungener Integration und nach strengen Ermessenskriterien.



Medienempfang der AfD-Fraktion

Bereits zum fünften Mal lud die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Ende Februar die Hauptstadtresse zu einem ungezwungenen Gedankenaustausch abseits des hektischen politischen Alltagsgeschäfts ein. Zahlreiche Journalisten und Abgeordnete der AfD nutzten die

Gelegenheit, um neue Kontakte zu knüpfen oder alte Verbindungen zu pflegen. Eröffnet wurde der Medienempfang von den Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla sowie den für die Medien zuständigen Parlamentarischen Geschäftsführer Götz Frömming.



The image features two flags, the German flag on the left and the United States flag on the right, both waving against a dark background. The flags are positioned diagonally, with the German flag's black, red, and gold horizontal stripes and the US flag's stars and stripes clearly visible. The lighting highlights the texture of the fabric and the metallic tips of the flagpoles.

Im Westen was Neues

Die AfD-Fraktion setzt sich im Deutschen Bundestag für eine Neuausrichtung der transatlantischen Partnerschaft ein

Es ist an der Zeit, ein neues Kapitel der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu schreiben. Angesichts geopolitischer Umbrüche steht unser Land vor einer außenpolitischen Weichenstellung von grundlegender strategischer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund hat die AfD-Bundestagsfraktion ein stringentes Gesamtkonzept erarbeitet und eine aufeinander abgestimmte Antragsreihe vorgelegt.

Die Vereinigten Staaten sind mit einem Außenhandelsvolumen von über 250 Milliarden Euro nach wie vor Deutschlands wichtigster Handelspartner. Die Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen lässt sich jedoch nicht auf wirtschaftliche und militärische Interessen beschränken. Sie gründet auf tief verwurzelten historischen, gesellschaftlichen und kulturellen Verflechtungen. Beide Nationen sind Teil eines gemeinsamen westlichen Kulturraums, dessen Werteordnung auf antiker Philosophie, römischem Recht und christlicher Tradition beruht.

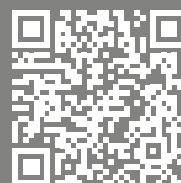
Diese zivilisatorische Grundlage bildet bis heute das stabile Fundament transatlantischer Zusammenarbeit. Die Antragsreihe der AfD-Bundestagsfraktion berücksichtigt daher neben sicherheits- und geopolitischen Fragen ausdrücklich diese kulturelle und gesellschaftspolitische Dimension.

Neuer Kurs der USA als Chance für Deutschland

Mit der Veröffentlichung der Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten am 5. Dezember 2025 hat die US-Regierung einen außen- und sicherheitspolitischen Kurs formuliert, der in zentralen Punkten mit den außenpolitischen Grundlinien der AfD-Bundestagsfraktion übereinstimmt. Der Antrag »Die neue sicherheitspolitische Vi-

sion der USA als Chance wahrnehmen – Für eine neue transatlantische Partnerschaft« (Bundestagsdrucksache 21/3305) fordert folglich, hieraus konkrete Schlussfolgerungen für die deutsche Sicherheits- und Bündnispolitik abzuleiten.

Unser Antrag: Die neue sicherheitspolitische Vision der USA als Chance wahrnehmen – Für eine neue transatlantische Partnerschaft



Bundestagsdrucksache 21/3305, 16.12.2025

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/033/2103305.pdf>

Der außenpolitische Ansatz der AfD-Fraktion setzt auf die vermehrte Zusammenarbeit souveräner Staaten und lehnt politische Einmischungen in innere Angelegenheiten anderer Länder ab. Diese Auffassung ist mit der Erwartung verbunden, dass Europa seine militärischen Fähigkeiten eigenständig ausbaut und größere sicherheitspolitische Verantwortung als bisher übernimmt. Insbesondere hier zeigen sich die jahrzehntelangen Versäumnisse eines deutschen Fähigkeitsaufbaus, die sich letztlich auch in den Führungsstrukturen des NATO-Bündnisses widerspiegeln.

Die AfD-Bundestagsfraktion beabsichtigt aufgrund dessen, strukturelle Reformen innerhalb der NATO anzustoßen, die die sicherheitspolitische Mitverantwortung der europäischen Mitgliedstaaten stärken. Dazu zählt vornehmlich der Vorschlag, den NATO-Oberbefehlshaber in Europa künftig nicht mehr durch die USA, sondern im Rotationsverfahren direkt durch die europäischen Mitgliedstaaten stellen zu lassen. Darüber

hinaus weist die amerikanische Sicherheitsstrategie – aus Sicht der AfD-Fraktion zurecht – kritisch auf migrationspolitische Fehlentwicklungen in Europa hin.

Eine stabile Friedensordnung in Europa

Die geopolitischen Spannungen innerhalb Europas manifestieren sich besonders deutlich im Ukrainekrieg. Im Antrag »Für einen Neubeginn in den deutsch-amerikanischen Beziehungen – Zusammen für Sicherheit, Stabilität und Frieden in der Ukraine« (Bundestagsdrucksache 21/3307) fordert die AfD-Bundestagsfraktion, die diplomatischen Initiativen zur Beendigung des Ukrainekriegs gemeinsam mit den Vereinigten Staaten zu intensivieren und unter Berücksichtigung der legitimen Sicherheitsinteressen aller beteiligten Akteure eine stabile europäische Friedensordnung zu entwickeln.

Unser Antrag: Für einen Neubeginn in den deutsch-amerikanischen Beziehungen – Zusammen für Sicherheit, Stabilität und Frieden in der Ukraine



Bundestagsdrucksache 21/3307, 16.12.2025

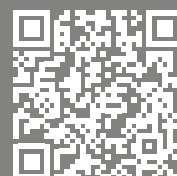
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/033/2103307.pdf>

Grundlage für einen nachhaltigen Frieden ist nach Ansicht der AfD-Fraktion die schrittweise Reintegration Russlands in internationale politische und wirtschaftliche Kooperationsstrukturen. Dazu zählen die Beendigung bestehender Sanktionsmaßnahmen, die Freigabe eingefrorener russischer Staatsvermögen sowie die Wiederaufnahme wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Zusammenarbeit.

Nationale Selbstbestimmung verteidigen

Die amerikanische Sicherheitsstrategie kritisiert die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Europa infolge einer ideologisch geprägten Gesellschaftspolitik (»Wokeismus«); eine unmissverständliche Feststellung, die die AfD-Bundestagsfraktion teilt. Im Antrag »Zusammen mit den USA für nationale Selbstbestimmung, Souveränität und den Schutz der abendländischen Zivilisation eintreten – Woke Positionen international zurückdrängen« (Bundestagsdrucksache 21/3308) stellt die AfD-Fraktion fest, dass internationale Organisationen zunehmend versuchen, dogmatische politische und gesellschaftliche Leitbilder global zu etablieren – selbst dann, wenn diese Positionen den Wertvorstellungen souveräner Staaten und Völker widersprechen.

Unser Antrag: Zusammen mit den USA für nationale Selbstbestimmung, Souveränität und den Schutz der abendländischen Zivilisation eintreten – Woke Positionen international zurückdrängen



Bundestagsdrucksache 21/3308, 16.12.2025

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/033/2103308.pdf>

Die AfD-Fraktion fordert deshalb unter anderem, das Hissen von Regenbogenflaggen an deutschen Auslandsvertretungen zu unterbinden, die staatliche Förderung ideologisch geprägter Programme von internationalen Organisationen einzustellen sowie öffentliche Aufträge künftig nicht mehr an Unternehmen zu vergeben, die politisch motivierte ideologische Leitlinien in ihrer Unternehmenspolitik verankert haben.



FREEDOM

Ein gefährlicher Irrweg für die Demokratie

Der von der Bundesregierung geplante Wahlrechtsentzug bei Meinungsdelikten stößt auf scharfen Widerspruch der AfD-Fraktion

Die Bundesregierung plant eine weitreichende Verschärfung des Paragraphen 130 StGB (Volksverhetzung). Künftig soll ein Gericht als Nebenstrafe auch den Entzug des passiven Wahlrechts sowie den Verlust der Amtsfähigkeit anordnen können. Darüber hinaus ist eine Ausweitung des Strafrahmens auf bis zu fünf Jahre angekündigt.

Ein Gesetzentwurf mit fatalen Folgen für den deutschen Parlamentarismus, sollte daraus ein Gesetz werden. Was Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) als Schutzmechanismus für die Demokratie anbietet, stellt sich bei näherer Betrachtung als gesetzgeberischer Fehlgriff und als gravierende Einschränkung des Wahlrechts heraus.

Der geplante Entzug des passiven Wahlrechts bei einer Verurteilung nach Paragraph 130 StGB ist weder notwendig noch verhältnismäßig – im Gegenteil: Er gefährdet einmal mehr zentrale Grundpfeiler des freiheitlichen Verfassungsstaates. Die Wählbarkeit ist ein fundamentales demokratisches Recht. Sie an den Tatbestand der Volksverhetzung zu knüpfen, dessen An-

wendungsbereich in den vergangenen Jahren erheblich ausgeweitet wurde, führt zu einer substantiellen Einschränkung des verfassten Wahlrechts. Damit wird ein scharfes Instrument geschaffen, das weit über den Schutz vor tatsächlicher Volksverhetzung hinausreicht und tief in die politische Willensbildung eingreift.

Kritisch ist in diesem Zusammenhang das erhebliche Missbrauchspotenzial dieser Regelung. Der Entwurf erweckt den Eindruck politischer Instrumentalisierung, da er faktisch geeignet ist, missliebige politische Akteure – insbesondere aus der Opposition – jahrelang von urdemokratischen Rechten auszuschließen. Ein solches Vorgehen untergräbt den politischen Pluralismus und beschädigt das Vertrauen in die Neutralität des demokratischen Staates.

Demokratie lebt vom offenen und natürlich auch kontroversen Diskurs. Wer das passive Wahlrecht an politisch hoch aufgeladene Straftatbestände koppelt, verschiebt die Grenze zwischen legitimer Strafverfolgung sowie politischer Sanktionierung und Unterdrückung. Die demokratischen Risiken die-

ses Vorhabens sind erheblich: Statt die Demokratie zu stärken, droht sie immer weiter geschwächt zu werden – durch den Verlust von Maß, Vertrauen und verfassungsrechtlicher Zurückhaltung.

Mit dem Antrag »Gemeinwohl schützen – Demokratie stärken – auf Symbolpolitik verzichten« (Bundestagsdrucksache 21/652) fordert die AfD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung unter anderem auf, Eingriffe in die freie Wahl und insbesondere jede Ausweitung der Aberkennung des passiven Wahlrechts zu unterlassen. Ein Staat, der strafrechtliche Normen zur Sanktionierung missliebiger Meinungen einsetzt, riskiert genau das, was er vorgibt zu schützen: die Demokratie selbst.



Vor diesem Hintergrund stellt sich eine vorgelagerte, rechtsstaatlich zwingende Frage, die jeder weiteren Diskussion vorausgehen muss. Für die AfD-Fraktion ist klar: Meinungsfreiheit und demokratische Rechte sind keine verhandelbaren Größen. Das Wahlrecht gehört zum Kern unserer Demokratie. Wer es einschränkt, greift nicht nur in individuelle Freiheitsrechte ein, sondern verändert die Grundlagen des politischen Wettbewerbs.

Besonders problematisch ist, dass dieser Eingriff ohne belastbare Tatsachengrundlage diskutiert wird. Bis heute ist unklar, wie häufig der Straftatbestand der Volksverhetzung tatsächlich angewendet wird, welche

Ermittlungsmaßnahmen damit verbunden sind und welche Auswirkungen dies auf die freie politische Meinungs- und demokratische Willensbildung hat. Transparente, bundesweit vergleichbare Daten existieren nicht. Wer Wahlrecht entziehen will, muss erklären können, auf welcher Grundlage. Denn das Wahlrecht ist kein Experimentierfeld.

Hinzu kommt eine weitere Entwicklung, die rechtsstaatlich besondere Aufmerksamkeit verlangt: Im Vorfeld staatlicher Strafverfolgung werden zunehmend private Meldestellen – sogenannte »Trusted Flagger« – in die Auswahl, Gewichtung und Priorisierung potenziell strafbarer Inhalte eingebunden. Damit findet eine faktische Vorstrukturierung strafrechtlicher Verfahren außerhalb staatlicher Verantwortung statt. Gerade im sensiblen Bereich des Strafrechts wirft dies grundlegende Fragen nach staatlicher Letztverantwortung, einheitlicher Rechtsanwendung und der Wahrung grundrechtlicher Schutzstandards auf.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert deswegen mit ihrem Antrag »Meinungsfreiheit schützen – Transparenz und Verhältnismäßigkeit bei Volksverhetzungsdelikten gewährleisten« (Bundtagsdrucksache 21/652), die Anwendung des Paragraphen 130 StGB offenzulegen, besonders eingriffsintensive Ermittlungsmaßnahmen zu untersuchen und die Rolle privater Meldestrukturen im strafrechtlichen Vorfeld kritisch zu beleuchten. Zugleich fordert der Antrag, dass jede Diskussion über Einschränkungen des Wahlrechts auf einer belastbaren rechtlichen und empirischen Grundlage geführt wird.

Demokratie lebt von freier Meinungsbildung, offener Debatte und fairen Wettbewerbsbedingungen. Diese Grundlagen zu sichern, ist Aufgabe des Gesetzgebers – nicht, sie schrittweise auszuhöhlen.



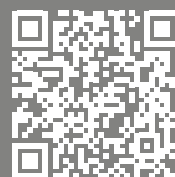
Bild: AdobeStock / miosmedia

Straße schlägt Trasse

Die AfD-Fraktion will die Vollendung der Autobahn A 20 vorantreiben. Das ist wichtiger als eine neue Bahnstrecke zwischen Hamburg und Hannover

Auf dem Papier klingt das Vorhaben gut: Die Deutsche Bahn plant eine Neubaustrecke zwischen Hannover und Hamburg, die die ICE-Fahrzeit auf knapp eine Stunde verkürzen würde. Vorgehen ist ein zweigleisiger Neu- und Ausbau der Strecke zwischen Hannover-Vinnhorst und Hamburg-Meckelfeld auf einer Länge von 109 Kilometern; veranschlagt werden dafür Kosten in Höhe von gut acht Milliarden Euro (Bundestagsdrucksache 21/3150).

Unterrichtung: Bericht über das Ergebnis der Vorplanung und der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung Ausbaustrecke/ Neubaustrecke Hannover – Hamburg



Bundestagsdrucksache 21/3150, 04.12.2025

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/031/2103150.pdf>

Die geplante Strecke soll über Celle parallel zur Bundesstraße B3 und zur Autobahn A7 geführt werden. Allerdings hat sich lediglich die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen eindeutig für die Neubaustrecke ausgesprochen. Die Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD hat sich bislang nicht festgelegt. Die AfD-Bundestagsfraktion und die AfD-Fraktion im niedersächsischen Landtag haben sich hingegen eindeutig gegen das Projekt positioniert. Das sind die Gründe:

Die Straße ist und bleibt der Verkehrsträger Nummer eins

Ein bedarfs- und leistungsgerechter Ausbau und der Erhalt der Verkehrswege sind Voraussetzungen für die Produktivität und Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie, auf deren Leistungsfähigkeit ein Großteil unseres Wohlstands beruht. Den infrastrukturellen Voraussetzungen für den Erfolg der deutschen Wirtschaft insgesamt sollte daher größte Aufmerksamkeit zukommen. Etwa drei Viertel des Güterverkehrs in Deutschland werden von Lastkraftwagen bewältigt, zwei Drittel aller Wegstrecken entfallen auf den motorisierten Individualverkehr. Folglich ist und bleibt die Straße der wichtigste Hauptverkehrsträger.

Hamburger Volksentscheid macht Weiterbau der A 20 notwendig

Der am 12. Oktober 2025 in Hamburg durchgeführte Volksentscheid zur »Klimaneutralität« der Hansestadt hat gravierende Auswirkungen auf die Verkehrsplanung. Denn mit dem neuen »Klimaschutzverbesserungsgesetz« gefährdet Hamburg nicht nur seinen Hafen, sondern auch seine Rolle als norddeutscher Verkehrsknoten. Die Durchsetzung der »Klimaneutralität« bis 2040 erfordert eine leistungsfähige Umfahrmöglichkeit Hamburgs durch einen

geschlossenen Autobahnring außerhalb der Stadtgrenzen. Aus diesem Grund fordert die AfD-Fraktion die unverzügliche Realisierung der Autobahn A 20 westlich von Bad Segeberg sowie den Bau der bereits geplanten neuen Elbquerung westlich von Hamburg. Beide Bauprojekte ermöglichen eine weiträumige Verkehrsführung um Hamburg herum.

Die gezielte grüne Sabotage des Hamburger Hafens lässt zudem negative Auswirkungen auf die Entwicklung des Seehafen-Hinterlandverkehrs erwarten, bis hin zu einem möglichen Einbruch der Trassennachfrage für Schienengüter. Aufgrund dieser planmäßigen Schrumpfung der regionalen Wirtschaft (»Degrowth«) sind bisherige Prognosen für den Schienengüterverkehr obsolet. Gerade der Schienengüterverkehr ist jedoch ein zentrales Argument für die Neubaustrecke zwischen Hamburg und Hannover.

8 Milliarden Euro für 18 Minuten Zeitersparnis

Doch auch unabhängig davon stellen sich bei der Konzeption Fragen. Die Neubaustrecke ist lediglich auf Fahrten mit einer Geschwindigkeit von bis zu 250 km/h ausgelegt. Deshalb verringert sich die Fahrzeit auf der Neubaustrecke gegenüber der bestehenden Streckenführung lediglich um 18 Minuten und schöpft damit die Möglichkeiten des modernen Schienenhochgeschwindigkeitsverkehrs nicht aus. In Spanien hingegen sind Ferndistanzstrecken für deutlich höhere Geschwindigkeiten ausgelegt; so sollen auf diesen Strecken zukünftig Züge mit über 300 km/h fahren. Unter diesen Gesichtspunkten ist das Multimilliarden-Projekt zu teuer. Kosten und Nutzen stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zueinander.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt das Bahnprojekt Hamburg – Hannover. Wir verstehen dies als Wunsch nach einer »neuen Langsamkeit« des ICE-Verkehrs. Alle Züge sollen zwischen Knotenbahnhöfen eine halbe oder eine ganze Stunde fahren; darüber hinaus ist vorgesehen, dass Fern- und Regionalzüge an diesen Knotenpunkten mehrere Minuten aufeinander warten. Das darauf fußende Konzept des »Deutschlandtakts« erfordert gewaltige Investitionen in das Schienennetz mit zweifelhaftem Erfolg. Praktiker warnen: Die kleinste Störung kann die Funktionalität des Gesamtnetzes nachhaltig destabilisieren. Aus diesen Gründen wollen wir eine beschleunigte Fertigstellung der Autobahn A 20 und deren Finanzierung sichern. Infrastrukturmaßnahmen müssen sich den Bedürfnissen der Bürger anpassen – nicht umgekehrt.

Machbarkeitsstudie zur Magnetschwebbahn

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Möglichkeiten einer Magnetschwebbahntrasse (Transrapid) zu prüfen, die die Innenstädte von Hamburg und Hannover parallel zur Autobahn A 7 verbindet. Für die Strecke von etwa 150 Kilometern würde der Transrapid neuester Bauart deutlich weniger als eine halbe Stunde benötigen. Die Baukosten lägen bei rund 4,6 Milliarden Euro, was ungefähr der Hälfte der Kosten für eine entsprechende Eisenbahninfrastruktur entspricht. Die Produktionskosten samt Instandhaltungsaufwand für den Fahrweg liegen bei etwa fünfzig Prozent, der Energieverbrauch sogar bei etwa vierzig Prozent gegenüber einem konventionellen Schienen-Hochgeschwindigkeitszug. Details können jedoch nur durch eine Machbarkeitsstudie geklärt werden.

Eine nordseitige Weiterführung der Transrapidtrasse nach Kiel über den Flughafen Hamburg parallel zur A 7 und A 215 – Streckenlänge zirka 90 Kilometer – ermöglicht eine Fahrtzeit von Kiel zum Flughafen Hamburg von unter zwanzig Minuten. In weiteren fünf Minuten wären die Fahrgäste in der Hamburger Innenstadt. Insgesamt würde die Reisezeit von Kiel nach Hamburg auf unter eine halbe Stunde sinken. Die gegenwärtige Fahrzeit beträgt mehr als das Doppelte.

Das Ausland ist hier bereits weiter: In Japan wird derzeit ein »Maglev« zwischen Tokio und Osaka gebaut, der den Shinkansen hinsichtlich Reisezeit und Betriebskosten in den Schatten stellt. Ob die Magnetbahntechnik im Land ihrer Erfinder noch eine Chance erhält, kann nur auf Grundlage valider Daten entschieden werden.

Aus den genannten verkehrspolitischen und infrastrukturellen Gründen lehnt die AfD-Fraktion das geplante Bahnprojekt Hamburg – Hannover ab. Wir benötigen keine Neubaustrecke, die Ressourcen verschwendet und deren Nutzen mehr als zweifelhaft ist. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft, die sich am aktuellen Bedarf orientieren und gleichzeitig die Umsetzung von Innovationen ermöglichen. Der Ausbau der Autobahnen hat Priorität, um den Verkehrskollaps zu verhindern. Gleichzeitig bleiben wir technologieoffen. Wir befürworten, dass im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft wird, ob eine Magnetschwebbahn eine geeignete Alternative für bestimmte Verkehrsarten sein könnte.

Wohnungsnot – ein Jahrzehnt Regierungsversagen

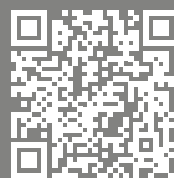
Die AfD-Bundestagsfraktion benennt die Gründe für die Baumisere in Deutschland und zeigt Lösungen auf

In deutschen Ballungsräumen befinden sich unzählige Einheimische seit mehr als zehn Jahren in einem gnadenlosen Wettbewerb um bezahlbaren Wohnraum. Der Beginn dieser Krise fällt nicht zufällig mit der illegalen Masseneinwanderung ab 2015 zusammen: Das stark verknappte Angebot auf dem Wohnungsmarkt lässt sich auf die zusätzliche Nachfrage durch rund sechs Millionen Migranten zurückführen, die seither in unser Land gekommen sind. Das Motto »Wir schaffen das« der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel klingt vor diesem Hintergrund besonders bitter.

Durch konsequente Remigration ließe sich die Wohnraumkrise in Ballungszentren in einem überschaubaren Zeitraum entschärfen. So zeigen die bislang etwa 2,5 Millionen Rückführungen in den Vereinigten Staaten bereits eine spürbare Entspannung auf dem amerikanischen Wohnungsmarkt.

Die Abgeordneten der AfD-Fraktion haben im Plenum des Deutschen Bundestages bisher vergebens versucht, der Regierung dieses volkswirtschaftliche Einmaleins zu erläutern; siehe zum Beispiel Bundestagsdrucksache 20/701.

Unser Antrag: Für bezahlbares Bauen und Wohnen – Neue deutsche Wohnungsnot stoppen



Bundestagsdrucksache 20/701, 15.02.2022

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000701.pdf>

Wohnungsbau bleibt hinter Bedarf zurück

Ein weiterer zentraler Hebel gegen die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt ist der Neubau, der jedoch nur schleppend vorankommt. Im Folgenden werden die wesentlichen Faktoren beschrieben, die den Wohnungsbau in Deutschland bremsen.

Im Jahr 2025 entstanden rund 236.000 neue Wohnungen – deutlich weniger als das von der Bundesregierung drei Jahre zuvor ausgegebene Ziel von 400.000 Neubauten jährlich. Für 2026 prognostizieren Forschungsinstitute einen Rückgang auf nur noch 175.000 fertiggestellte Wohnungen. Die Kluft zwischen Anspruch und Realität könnte kaum größer sein. Diese Entwicklung ist das Ergebnis eines Zusammenspiels von fehlgeleiteter Förder-, Energie- und Fiskalpolitik, zusätzlichen Belastungen durch CO₂-Auflagen und einer Überregulierung der Bauvorschriften.

Staat behindert den Neubau von Wohnungen

Deutschland weist derzeit die höchsten Baukosten für Wohnraum in Europa auf – ein Umstand, den die AfD-Fraktion wiederholt kritisiert hat. Die durchschnittlichen Gestehungskosten liegen in Deutschland bei rund 5200 Euro pro Quadratmeter und damit beispielsweise weit über dem Niveau Österreichs mit rund 3000 Euro pro Quadratmeter. 37 Prozent der Baukosten werden hierzulande durch gesetzliche Vorschriften verursacht, in Österreich hingegen beträgt dieser Anteil lediglich sieben Prozent. Potenzielle Bauherren in Deutschland müssen zudem weitere Abgaben und Vorgaben einkalkulieren, darunter Grunderwerbsteuer, Umsatzsteuer auf Bauleistungen, Kosten für energetische Anforderungen und technische Baubestimmungen, kommunale Anforderungen sowie die Kosten für das Baugenehmigungsverfahren.

Die AfD-Bundestagsfraktion spricht sich daher für den Wegfall der Grunderwerbsteuer aus, um die Bürger spürbar zu entlasten. Seit 2006 ist der Steuersatz nicht mehr gedeckelt; dadurch konnten ihn die Länder auf bis zu 6,5 Prozent anheben. Die Grunderwerbsteuer wird dabei gleich doppelt fällig: beim Grunderwerb durch den Projektentwickler und beim späteren Kauf von Wohnungen oder Gebäuden durch den Endnutzer.

Die CO₂-Reduktionsvorgaben der Europäischen Union, denen die Bundesregierung konsequent folgt, verschärfen die Anforderungen an Neubauten und Sanierung und führen zu einer drastischen Erhöhung der Baukosten. Vor allem die letzten zehn Prozent Energieeinsparung verursachen überproportional hohe Mehrkosten, zusätzliche Investitionen für stärkere Dämmung und komplexere Haustechnik stehen den möglichen Heizkosteneinsparungen meist nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis gegenüber.

Bürokratie abbauen – Digitalisierung beschleunigen

Auch die ausufernde Bürokratie bremst den Neubau von Wohnungen aus. Nach Einschätzung der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen könnten die reinen Baukosten durch eine Beschränkung auf die zwingend notwendigen Vorschriften um 25 Prozent gesenkt werden. In Deutschland existieren 16 unterschiedliche Landesbauordnungen – ein Sonderweg, der Verfahren unnötig verkompliziert. Bauanträge geraten so häufig zu Mammutvorhaben, bei denen zahllose Detailvorgaben bedacht sein wollen. Parallel dazu stockt die Digitalisierung der Bauämter, während Investoren in anderen Ländern binnen weniger Wochen verlässliche Planungssicherheit erhalten. Die Verwaltung ist vom Ermöglicher zum Verhinderer geworden.



Endlich eine neue Wohnung: Die ausufernde Bürokratie bremst den Neubau aus

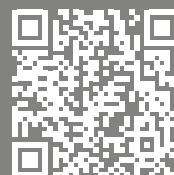
Unser Programm für Deutschland

Bauen in Deutschland ist teuer, langsam und kompliziert. Das schreckt Bauherren ab und belastet Immobilienbesitzer. Die Bau- und Wohnungspolitik der AfD-Bundestagsfraktion setzt sich zum Ziel, diesen Zustand zu beenden.

Als Sofortmaßnahme fordern wir die vollständige Abschaffung des bürgerfeindlichen Heizungsgesetzes – nicht nur eine kosmetische Umbenennung; ein entsprechender Antrag liegt dem Deutschen Bundestag vor (Bundestagsdrucksache 21/4265). Zugleich müssen Baustandards grundlegend vereinfacht und die Bürokratie deutlich reduziert werden. Wir werden die energetischen Anforderungen auf ein vernünftiges Maß zurückführen und die Steuerlast für unsere Bürger senken. Deutschland muss wieder

ein Land der Eigentümer werden – dafür werden wir als AfD-Fraktion mit aller Kraft eintreten.

Unser Antrag: Wahlversprechen einhalten – Heizungsgesetz abschaffen



Bundestagsdrucksache 21/4265, 24.02.2026

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/042/2104265.pdf>



Transparenz und Realismus

Auf dem ersten Windkraft-Symposium der AfD-Fraktion wurden ohne ideologische Scheuklappen Chancen und Risiken der Technik diskutiert

Am 23. und 24. Januar 2026 kamen Mitglieder zahlreicher Bürgerbewegungen, Landwirte, Förster, betroffene Anwohner sowie Vertreter aus dem Gast- und Tourismusgewerbe zusammen, um zwei Tage lang ohne ideologische Vorgaben über Windenergie zu sprechen und mögliche Alternativen aufzuzeigen. Das Symposium der AfD-Fraktion bot in diesem Rahmen eine Plattform für den direkten Austausch zwischen engagierten Bürgern, Referenten und Politikern, ermöglichte kritische Debatten und trieb die Vernetzung von Initiativen voran. Aus den Diskussionen ließen sich zudem klare energiepolitische Ziele ableiten, die auch dem Umweltschutz Rechnung tragen. Die Veranstaltung richtete sich insbesondere an Bürger, die von den Auswirkungen von Windkraftanlagen betroffen sind. Ziel ist es, ihre Anliegen im politischen Raum sichtbar zu machen und die Stimme

des lokalen Widerstands im Deutschen Bundestag stärker zur Geltung zu bringen.

Das Symposium wurde von mehr als zwanzig Fachreferenten begleitet und war in fünf Veranstaltungsböcke gegliedert, die mit zentralen Leitfragen überschrieben waren:

1. **Auswirkungen der Windkraft auf Umwelt und Natur**
2. **Sind Windkraftanlagen zum Schutz des Klimas notwendig?**
3. **Auswirkungen der Windkraft auf Menschen**
4. **Widerstand gegen die Windkraft**
5. **Wege in eine bessere Zukunft**

Großen Anklang fand auch die Diskussionsrunde zum Thema »Windkraftanlagen in den



v.l.n.r.: AfD-Abgeordnete Marcel Queckemeyer, Carolin Bachmann, Andreas Bleck, Ulrich Siegmund (MdL Sachsen-Anhalt), Beatrix von Storch, Ingo Hahn

Medien und in der Klimadebatte – wie ein Narrativ global erzeugt wird«, für die die AfD-Fraktion bekannte kritische Autoren, Journalisten und Redakteure gewinnen konnte.

Entlang der Leitfragen und unter Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer, gesundheitlicher und sozialer Dimensionen – einschließlich der sinkenden Akzeptanz in der Bevölkerung – setzten sich die Beiträge eingehend mit den Chancen und Risiken der Windenergie für Mensch und Umwelt auseinander. Ein besonderes Augenmerk lag auf dem Umwelt-, Natur- und Artenschutz vor Ort, auf den wirtschaftlichen und energiepolitischen Folgen von Windkraftprojekten sowie auf die Einbindung der Zivilgesellschaft in die demokratischen Entscheidungsprozesse. Daraus ergaben sich folgende Kernüberlegungen:

- Wie lassen sich ökologische Effekte und wirtschaftliche Konsequenzen systematisch bewerten, um Fehlinvestitionen und Umweltschäden zu vermeiden?
- Wie können Anwohner und lokale Initiativen ihre Einwände gegen laufende oder geplante Windkraftprojekte gezielter und wirksamer in politische Entscheidungsprozesse einbringen?

- Wie kann Widerstand gegen die Zerstörung der eigenen Umwelt organisiert werden, sodass er konkrete Veränderungen erreicht?
- Welche Konzepte eignen sich, um Deutschlands Energieversorgung langfristig verlässlich, klimafreundlich und bezahlbar aufzustellen?
- Welche Schritte unternimmt die AfD-Fraktion, um diese Ziele zu erreichen?
- In welchen Bereichen kann die AfD-Fraktion Unterstützung leisten und als Bindeglied fungieren, um Bürgeranliegen in den Bundestag zu tragen?

Das Symposium zeigte eindrücklich, dass die Windindustrie eine konkrete – und nach den Plänen der Bundesregierung – zunehmende Belastung für Natur, Menschen, Tiere und Regionen sowie für die Energiesicherheit in Deutschland darstellt. Eine Umwelt- und Energiepolitik, die sich von Untergangsszenarien leiten lässt, löst bei den Bürgern Angst und Schuldgefühle aus und verstellt den Blick auf die damit verbundene Gefahr einer Umgestaltung unserer Gesellschaft.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt dieser negativen Entwicklung eine Politik entgegen, die auf Transparenz und Realismus, Wissenschaft sowie dem Schutz von Heimat und Lebensqualität basiert. Ziel einer zukunftsfähigen Umwelt- und Energiepolitik muss sein, die Interessen der Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft vernünftig und nachhaltig in Einklang zu bringen.

Mit dem Windkraft-Symposium hat die AfD-Fraktion ein Forum für den Dialog über Potenziale, Risiken und Folgen dieser Energieform etabliert und sich als sachkundiger Ansprechpartner für lokale und regionale Initiativen positioniert. Das Format soll auch in Zukunft dazu dienen, kritische Debatten zusammenzuführen, politische Entscheidungsprozesse an nachvollziehbaren Kriterien auszurichten und die Transparenz umwelt- und energiepolitischer Maßnahmen zu erhöhen.

Windkraft-Symposium mit Blick auf die Spree: Augenmerk auf den Folgen von Windkraftprojekten



FOLGEN SIE UNS!

-  [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  youtube.com/AfDFraktionimBundestag
-  instagram.com/AfDimBundestag/
-  tiktok.com/@AfDFraktionimBundestag
-  Rundbrief-Abonnement:
[AfDBundestag.de/rundbrief/](https://afdbundestag.de/rundbrief/)



JETZT KOSTENFREI ABONNIEREN!

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion kostenfrei abonnieren und erhalten dann jede neue Ausgabe von Fraktion Kompakt bequem per Post in einem **neutralen Umschlag**.

<https://afdbundestag.de/bestellung/>



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG